

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1903

258 (12.11.1903) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Er scheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe im Haus gebracht vierteljährlich 2 M. 60 Pfg. monatlich 55 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt, durch die Post bezogen vierteljährlich 3 M. 20 Pfg., mit Postgebühren 3 M. 65 Pfg.

Post-Zeitungs-Liste 851.

Samstags-Beilage:
Das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Telefon-Anschluß-Nr. 535.

Anzeigen: Die sechsseitige Zeitschrift oder deren Raum 20 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Bei dritter Wiederholung entsprechende Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureau an.

Redaktion und Expedition:
Königsplatz Nr. 42 in Karlsruhe.

Nr. 258. 2. Blatt.

Donnerstag, den 12. November

1903.

Charakter und Bedeutung der Wahlergebnisse vom 30. Oktober für Nationalliberale und Zentrum.

Im Wahlkampf zu unterliegen, ist keine Unliebe, wenn man mit tadelloser Waffen den Kampf geführt hat. In der Stadt Freiburg sind die Nationalliberalen indessen nicht mit Ehren unterlegen. Sie haben sich erfolgreich bemüht, die Hilfe der Sozialdemokratie zu erlangen und sind mehr als je zuvor abzuliegen, was sie nicht tun würden, wenn sie eine Ehre darin erblickten. Daß sie trotz der denkbar größten Anstrengungen dennoch unterlegen sind, wirkt auf ihre Nerven noch dazu einen recht tiefen Schatten der Unliebe. Das tritt am 10. grellsten Tag, als ein hieraus selbstbewußter und stolzer Mann ihr Hauptführer war, der da glaubt, er sei gestützt und getragen von der bewiesenen Gewogenheit des Großherzogs zu größerem Bestimmt. Die Geselagen wollen glauben machen, sie hätten durch mangelhafte Wahlbereitschaft besonders zu leiden gehabt. Im allgemeinen war die Haltung der Nationalliberalen es an Eifer haben lassen und nicht zur Wahl gegangen sein. So hat es höchstens die Bedeutung eines Protestes gegen die unglückliche Forderung im allgemeinen und gegen deren Zielsetzungen mit der Sozialdemokratie in besonderer Weise. Es ist gar kein Geheimnis in Freiburg, daß in weiten Kreisen der Nationalliberalen Partei eine starke Mißstimmung gegen Obkircher und dessen freizüglichen Anhang besteht und daß die Niederlage des Herrn Jungmanns wie die des Herrn Schwörer von Nationalliberalen, die im übrigen fest und treu zu ihrer Partei stehen, geradezu mit Genugtuung aufgenommen wurde. Auch in den Augen dieser Männer war und ist Obkircher der Hauptgegner, und insofern haben sie die Doppel-Niederlage mit Genugtuung begrüßt. Auch dieses Moment stellt es in nichts weniger als schmeichelhafte Beleuchtung, wenn die Geselagenen nachträglich zu allem noch auch noch gebeten, wie wenn die Sieger in Freiburg wären.

Die Nationalliberalen rechneten darauf, Breitschmid wieder zu gewinnen. In diesem Bezirke ist die Situation so, daß es schon als ein großer Erfolg zu bezeichnen ist, wenn das Zentrum überhand durchdringt, und wäre es auch nur mit der allergeringsten Mehrheit. Mit 67 Stimmen ist der Sieg gesichert. Auf 11 Stimmen protestantischer Gemeinden können die Nationalliberalen jeweils von vornherein und unter allen Umständen rechnen, ohne daß sie sich nur im geringsten darum zu kümmern brauchen, von welchen Persönlichkeiten sie herrühren. Belommen sie von den 92 Stimmen der katholischen Gemeinden nur 28 Prozent, so sind sie Sieger. Unter diesen 92 Stimmen sind auch die 17 der Amtsstadt Breisach mit 25,6 Prozent nichtkatholischer Bevölkerung und die 7 von Mottweil, wo das Zentrum bis jetzt so viel wie keinen Boden zu fassen vermochte.

Unter solchen Umständen ist es sehr erklärlich, wenn die Nationalliberalen mit Zuversicht auf Sieg hoffen. Und der Erfolg? So lange der Wahlbezirk besteht, haben sie noch nie so wenige Stimmen erhalten. In einer Mehrheit von rund 30 Stimmen sind Wahlmänner für den Zentrums-Kandidaten gewählt. Sie hoffen gar nicht viel, daß ihnen nur die Stimmen aus den protestantischen Orten verbleiben. Das heißt man doch „glänzend abgeschnitten“!

Der Bezirk Oberkirch-Mahren hat seine parlamentarische Vertretung wiederholt gewechselt, bald den Nationalliberalen, bald dem Zentrum sie anheimelnd. Seit vielen Jahren haben die Nationalliberalen in Bürgermeisterei Breisach von Oberkirch einen sehr mächtigen Kandidaten, der durch sein persönliches Ansehen und seine öffentliche Stellung als Bürgermeister der Amtsstadt und Vorsitzender des Kreisvereins des Zentrum den Sieg mehr erhofft, als mancher andere es könnte. Trotz dieser besonderen für sie so günstigen Umstände haben die Nationalliberalen so wenige Wahlmännerstimmen erhalten als je. Also: „glänzend abgeschnitten“!

Auch bei ihrem Ansturm auf die drei Bezirke Lahr-Land, Bruchsal-Stadt und Schwetzingen-Ladenburg, die sie an die Demokratie verloren hatten, mußten sie wesentlich mit dem Zentrum den Kampf bestehen. Nur allen drei Punkten wurden sie gründlich zurückgewiesen. Gleichwohl hat ihre Presse die Notwendigkeit, in die Welt hinauszurufen: „glänzend abgeschnitten“, und „Erfolge auf der ganzen Linie“.

Der viel, sehr viel in früheren Wahlkämpfen verloren hat, der erleidet eine neue schwere Niederlage, wenn er nicht wenigstens einen namhaften Teil davon zurückgewinnt. In diesem Falle ist die nationalliberale Partei dem Zentrum gegenüber. Nicht einen einzigen der 10 Bezirke, die daselbst für sich und die Nationalliberalen ihr entrissen hatte, vermochte sie zurückzugewinnen; „auf der ganzen Linie“ wurde sie mit durchschlagendem Erfolge zurückgewiesen.

Der viel, sehr viel im Wahlkampf gewonnen hatte, gegen einen energischen Ansturm es verteidigen muß und auf allen Punkten es gestrichelt in seinem Besitze festhält, der sieht als Sieger da. Er hat „glänzend abgeschnitten“ und kann mit Zug und Recht sagen: „Erfolge auf der ganzen Linie“. In dieser Lage ist das Zentrum.

Die Nationalliberalen hatten auch Bezirke zu verbleiben, von denen verschiedene mehr oder weniger

gefährdet erschienen: Baden und Nassau durch eine Zentrums-Kandidatur; Konstanz und Eberbach-Buchen durch die Zentrumsstimmen, wenn auch nicht durch eine eigene Kandidatur des Zentrums und auch Mosbach, sobald neben dem Zentrum noch eine andere Partei den Kampf gegen sie eröffnete.

In Baden sind die Sieger geworden, wenn auch mit Mühe. Allein nicht die nationalliberale Partei hat dort gesiegt, sondern einzig und allein der Oberbürgermeister und auch dieser keineswegs durch die Zugkraft seiner Popularität, sondern ausschließlich durch die allzugroße Mangelhaftigkeit mancher Badener Bürger, die sich mit ihren geschäftlichen und sonstigen Interessen nicht frei und unabhängig genug fühlen, um einfach darüber hinwegzusehen, daß Herr Gönner es schmerzlich empfand, „am Abend seines Lebens, da er vielleicht zum letzten Male kandidiert, noch auf solche Schwierigkeiten zu stoßen“. Solches und ähnliches wurde folgerichtig und die erhoffte Wirkung blieb nicht aus. Wenn nun auch der Sieg der Zentrums-Kandidatur nicht errungen wurde, so bedeutet die große Zahl von Stimmen, welche sie erzielte, doch einen sehr namhaften Erfolg.

In Nassau war der Sieg des Zentrums sicher, so bald die Nationalliberalen nicht die Hilfe der Sozialdemokratie erlangten. War das der Fall, dann war das Zentrum nicht stark genug, um beide vereint machende Gegner schlagen zu können, mit denen auch noch die Linkliberalen zusammengingen. Nicht weniger als 83 Prozent der Wahlberechtigten haben abgestimmt, was bei Wahlmännerwahlen eine fast unerhörte starke Beteiligung ist. Bei der Reichstagswahl am 16. Juni haben sich die vier Parteien folgendermaßen in die abgegebenen Stimmen zu teilen gehabt:

Zentrum	45,6 %
Sozialdemokraten	24,6 %
Nationalliberale	23,8 %
Demokraten	5,8 %

Das Zentrum war also jeder der anderen Parteien ganz bedeutend voraus, den Nationalliberalen noch etwas mehr als den Sozialdemokraten. Sozialdemokraten, Nationalliberale und Demokraten hatten zusammen 54,3 Prozent.

Am 30. Oktober verteilten sich bei sehr starker Wahlbeteiligung die abgegebenen Stimmen nur auf die zwei Parteien Zentrum und Nationalliberale. Ersterer erhielt 42,2 Prozent, während auf letztere 57,7 Prozent fielen. Die Landtagskandidatur Franz, deren Träger Mitglied des Gemeinderates in Nassau selber und Großgeschäftsmann beider ist, hat natürlich eine ganz andere Zugkraft auf die Nassauer Wählererschaft auszuüben vermocht als die Reichstagskandidatur Köhler, deren Träger in Baden anlässlich dieser Wahlperiode nicht neben dem anderen, daß das Wählerpublikum bei der Landtagswahl ein etwas anderes ist als bei der Reichstagswahl, es erklären, daß das Zentrum von 45,6 Prozent der abgegebenen Stimmen bei der Reichstagswahl auf 42,2 Prozent, bei der Landtagswahl zurückgegangen ist. Auch ist es möglich, daß die Nationalliberalen auch unabhängig von der besonderen Zugkraft der Kandidatur Franz bei der Landtagswahl mehr Wahl-Eifer entfalteten als bei der Reichstagswahl. Das Ansehen der letzteren von 23,8 auf 57,7 Prozent, ist aber nur so erklärlich, daß sich die zwei anderen Parteien mit zusammen 30,5 Prozent zu ihnen schlugen und zwar ziemlich geschlossen und vollständig. Gegenüber der Beweiskraft der Wahlschriften ist mit dem Bleigedruck nicht durchzuführen. Ohne die sozialdemokratische Hilfe konnten die Nationalliberalen nicht siegen. Es mag zu Fall sein, daß die großartigsten Bau-Unternehmen des Herrn Franz zeitlich mit der Entscheidung über seine zweite Landtagskandidatur zusammenfallen. Tatsächlich steht das Ergebnis vom 30. Oktober nicht außer Zusammenhang damit. Es ist sehr fraglich, ob die Doppelhilfe von Sozialdemokraten und Demokraten genügt hätte, um den Sieg der Nationalliberalen über das Zentrum sicher zu stellen, wenn nicht auch diese besondere Art von Zugkraft der Kandidatur Franz hätte eine Rolle spielen können.

Sie sind also in Nassau Sieger geworden, haben aber sehr triftige Gründe, dieses Sieges sich nicht zu rühmen.

Wie in Eberbach-Buchen das endgültige Ergebnis des Wahlkampfes sein wird, läßt sich mit Sicherheit noch nicht sagen. Gewiß ist, daß die Nationalliberalen am 30. Oktober in der Minderheit geblieben sind. Sollte ihnen schließlich dennoch das Mandat verbleiben, so wird es durchaus nicht ein ehrlich und redlich verdienter Erfolg, durchaus nicht ein Sieg in Ehren sein.

Im Bezirk Mosbach war Obkirchers Niederlage unabweisbar, wenn konservative und Bund der Landwirte oder auch nur eine dieser beiden Parteien den Kampf gegen den Nationalliberalismus aufnehmen also eine eigene Kandidatur aufstellte. Derselbe bekam dann das Mandat sicher, ohne sich zu irgend etwas verpflichten oder auch nur danken zu müssen. Sie bekam es freilich aus Zentrums-Handen, hatte aber absolute Bewegungsfreiheit auch gegen das Zentrum. Wenn es gleichwohl gelang mit dem Appell auf fast unglückliche konfessionelle Voreingenommenheit die Zugehörigen dieser beiden Parteien gegen das Zentrum an Obkirchers Kandidatur zu fesseln und ihr dienlich zu machen, so weist es auf einen tiefsten politischen Bildung und Unbefangenheit hin, den man nicht für möglich halten sollte und läßt auf eine konfessionelle Voreingenommenheit und Unbilligkeit schließen, die wie eine geistige Erkrankung sich ausnimmt. Wenn einem Berichte des Mosbacher Amtsverwalters glauben zu schenken ist, hat Obkircher selbst es nicht verschmäht, die Wähler, die zum Bund der Landwirte gehören, damit zu locken, daß er ihnen

auseinanderjagte, sie hätten gar keinen Grund für einen anderen Kandidaten als den der Nationalliberalen stimmen zu wollen. Die Nationalliberalen seien ja mit allem einverstanden gewesen, was Herr Burkard in der Kammer vertreten habe und würden jetzt auch für ihn stimmen. Bezeichnender Weise ist der Stimmenfang mit solchen ungläublichen Mitteln gelungen. Der Zweck, alles für Obkircher zu gewinnen, was nicht im Zentrumslager steht, wurde erreicht. Es gehört eine eigene politische Geschmacks-Richtung und auch ein eigener Begriff von politischer Ehre dazu, um auf solchen Wege und mit solchen Mitteln ein Mandat zu erkämpfen und eines so errungenen „Erfolges“ sich zu rühmen. Auf ein derartiges „glänzend gewählt“ verzichten wohl weitans die meisten Politiker gerne.

Ist es den Nationalliberalen in solcher, keineswegs einwandfreier Weise gelungen, die Mandate für Baden, Nassau und Mosbach und vielleicht auch das für Eberbach-Buchen zur Not noch zu retten, so sind sie in Konstanz um so gründlicher geschlagen worden. Niemand wird bestreiten wollen, daß der in Konstanz errungene Erfolg gegen die Nationalliberalen vor allem und zum weitaus größten Teile ein Sieg des Zentrums ist. Ohne dem nationalliberalen Gegenkandidaten, Herrn Rist, irgendwie zu nahe zu treten und ohne ihn mit der Bemerkung treffen zu wollen oder tatsächlich zu treffen, darf man ohne weiteres sagen, daß er zugleich ein Sieg der politischen Moral ist. Wenn man weiß, wie die Kandidatur Benedey vor vier Jahren mit Erfolg und jetzt erfreulicher Weise ohne Erfolg bekämpft worden ist, so kann man sich auch unter diesem Gesichtspunkt nur freuen, daß ein so fadengerader, durch und durch ehrlicher und nach ehrlicher Ueberzeugung offen handelnder Politiker wie Benedey wieder gewählt wird. Das kann und muß man auch bei der schärfsten Gegenständlichkeit politischer und religiöser Anschauungen. Welch ein Unterschied zwischen der Art eines Benedey und derjenigen der Herren Obkircher-Libel! Auch diesen letzteren, der in Mosbach im Obkircher-Sinne (natürlich nicht mit Benedey'scher Offenheit; das war und ist ja auch Obkircher's Art nicht) tätig ist, trifft die schwere Niederlage seiner Partei in Konstanz. Es ist fast zu bedauern, daß es nicht auch jetzt wieder wie vor vier Jahren geheißen hat: Sie Benedey, Sie Libel!

Damit sind auch diejenigen Bezirke gemustert, welche die Nationalliberale Partei an erster Stelle gegen das Zentrum zu verteidigen hatte. Von einem „glänzend abgeschnitten“ kann sie wahrlich gar nirgends reden. Allüberall ist das Gegenteil die Wahrheit. Wenn ihr Mandatsverlust auf Konstanz beschränkt blieb und auch bei der entscheidenden Abgeordneten-Wahl beschränkt bleiben sollte, so ist es für sie der reinste Glücksfall und ist nicht im entferntesten auf ihre eigene Stärke zurückzuführen. Das kann ehrlicher Weise nicht bestritten werden. Während das Zentrum Anlauf und allen Grund hat, mit Zuversicht dem kommenden Kampfe um eben diese Mandate entgegenzusehen, können die Nationalliberalen kaum anders als mit banger Sorge daran denken, falls wir das indirekte Wahlergebnis und die bestehende Wahlkreis-Einteilung noch länger behalten müssen.

Soweit also Zentrum und Nationalliberale in Frage kommen hat das Wahl-Ergebnis vom 30. Oktober 1903 dargelegt:

1. Die Nationalliberalen waren nicht imstande etwas von dem Vollen zurückzugewinnen, was sie durch das Zentrum verloren hatten.
2. Sie waren auch nicht imstande, wenigstens all das festzuhalten, was ihnen im Kampfe mit dem Zentrum noch geblieben war.
3. Sie befanden und befinden sich in der dringenden Gefahr, noch weiteres von dem, über dessen Besitz der 30. Oktober entscheiden sollte, an das Zentrum oder wenigstens durch das Zentrum zu verlieren.

Kann ein ehrlicher Gegner die Wahrheit dieser drei Feststellungen bestreiten? Und wenn sie nicht bestreitbar sind, wer ist dann der Teil von den beiden Haupt-Gegnern, der jagen kann: „Glänzend abgeschnitten“ und: „Erfolge auf der ganzen Linie“?

Wenn das parteiamtliche Organ der nationalliberalen Partei es für diese in Anspruch nahm und fernerhin in Anspruch nehmen will, so kann man es nur als unglücklich keden Schwindel bezeichnen.

Wenn der nahe Landtag eine Aenderung im Wahlsystem und in der Wahlkreis-Einteilung bringt, werden wir in zwei Jahren Gesamt-Erneuerung der Kammer bekommen. Wie es dann mit den Möglichkeiten, Wahrscheinlichkeiten u. c., kurz mit den Ausichten der einzelnen Parteien bestellt sein wird, läßt sich erst sagen, wenn die neue Wahlkreis-Einteilung ins Leben getreten ist. Sollten wir die gegenwärtige Ordnung der Dinge noch länger behalten müssen, so wird sich die nationalliberale Partei 1905 der Hauptfache nach dem Zentrum gegenüber in der gleichen Situation befinden wie am 30. Oktober 1903. Wenn sie „glänzend abgeschnitten“ will, wird sie wenigstens einen namhaften Teil dessen zurückgewinnen müssen, was ihr durch das Zentrum oder wenigstens mit dessen Hilfe entrissen worden ist. Es sind vor allem die drei Bezirke, die zuerst zum Zentrums-Besitz gehören Ueberlingen-Pfullendorf, Konstanz-Madolszell, Engen-Stodach, Willingen-Neustadt, Waldkirch-Engen-Breisach, Freiburg-Stadt, Ettenheim-Mengen und Freiburg-Wolschach. Das Zentrum weiß natürlich sehr gut, daß diese Bezirke nicht zu seiner absolut sicheren Besitze gehören und daß der eine um andere vorläufiger Besitzt werden muß, als die übrigen. Und dementsprechend wird es sich einzurichten suchen. Es sind ferner die vier Bezirke, die den Nationalliberalen mit Hilfe des Zentrums für andere Par-

teien entrissen wurden: Lörrach-Stadt, Offenburg-Stadt, Durlach-Bruchsal und Heidelberg-Land. In diese 12 Bezirke schließen sich noch die Bezirke Forzheim-Land und Mannheim-Stadt an, die ohne Zutun des Zentrums für die Nationalliberalen an die Sozialdemokratie verloren gegangen sind.

Einen namhaften Teil dieser 14 Mandate müssen sie also zurückgewinnen. Und 11 (man könnte auch sagen 12) müssen sie erfolgreich verteidigen, ohne eines davon zu verlieren. Dazu gehören zunächst Meßkirch-Stodach, Vordorf-Baldsbach und Donaueschingen, in denen sie direkt und ausschließlich mit dem Zentrum den Kampf zu bestehen haben werden. Es gehören ferner dazu, die vier Bezirke Lörrach-Land, Schopfheim-Säckingen, Wiesloch-Heidelberg und Neelsheim-Vorberg, die sofort für die Nationalliberalen gefährdet sind, sobald neben dem Zentrum eine andere „bürgerliche“ Partei den Kampf gegen sie aufnimmt und einigen Anhang findet. Daß die zwei oder vielmehr drei Mandate der Residenz dringend gefährdet sind, wenn die Nationalliberalen selbst sowie die Situation im allgemeinen auch in zwei Jahren dem Zentrum es unmöglich machen, im Kampfe zwischen Nationalliberalismus und Sozialdemokratie eine andere als rein passive Haltung zu beobachten. Auch Forzheim-Stadt ist für die Nationalliberalen dringend gefährdet, sobald es der Sozialdemokratie gelingt, die demaligen Wirren zu überwinden. Heidelberg-Stadt allein wird auch in zwei Jahren für die Nationalliberalen kaum gefährdet sein.

Unter solchen Umständen müßten sie mit Unruhe geschlagen sein, wenn sie anders, als mit schonen Sorgen der Wahl von 1905 entgegensehen würden. Sie müssen sich gewinnen und dürfen daneben nichts oder höchstens nur ganz wenig verlieren, wenn sie nicht die Geselagenen sein wollen. Daß sie das eine oder andere Mandat zurückgewinnen, ist nicht ausgeschlossen. Dagegen ist es in hohem Grade unwahrscheinlich, daß in dem für sie ärmlichen Falle ihr Gewinn ein großer sein wird. Andererseits ist es gleichfalls sehr unwahrscheinlich, daß ihnen nicht das eine und andere Mandat von ihrem demaligen Besitze verloren geht.

Zurzeit besteht demnach für sie keine Aussicht, wieder namhaft emporzukommen und etwa mehr als eine, wenn auch noch so geringe, Mehrheit in der Kammer zu erlangen, daqaen die dringende Gefahr, noch weiter zurückgedrängt zu werden. So ist es mit dem „Schiffbruch“ befehl, den die Politik des Herrn Wacker erlitten“ haben soll.

Es kriecht.

(Nachdruck verboten.)

Paris, 9. November.

Diesmal ist es nun ernst. Es kriecht wirklich in der ministeriellen Mehrheit und es ist im Ministerium. In Frankreich ist nichts beständig, und ob Lordaunen, die in anderen Ländern politische Baatellen wären, von hier her zündende Funken ins Vaterland fliegen. Mit einer Majorität von 99 Stimmen konnte der Ministerpräsident Combes noch vor 14 Tagen die von der Opposition eingebrachten Interpellationen abfertigen, und so arg Oppositionsblättern wie dem „Figaro“ den Glauben beibringen, daß die Aera der „kurzen Ministerien“ definitiv abgeschlossen sei. Der Straßenschwarm vor der Reichert bürde indes genügt, die ganze Sachlage logischer über Nacht zu ändern. Denn eigentlich ist der blutige Zusammenstoß zwischen den 3000 Arbeitern und der Polizei auf dem place de la République der Ausnahmepunkt der latenten Kabinetskrisis. Sie sich längst als Herrscher fühlenden Sozialisten wollten wie der See ein Opfer haben, freilich nicht in ihrem Vordring, dem antikerischen Dr. Combes, sondern in dem von ihnen längst gehaltenen Polizeivorfällen 2. pine. Und da nun dieser letztere mit vordringend wurde, wachte sich die Wut der Noter gegen den Ministerchef in persona. Die weitere Entwicklung der Dinge ist bekannt. Vom Wahlfieber geschoben traten sie während der westlichen Kreislinterpellation sogar die „gemäßigten Kollektiven“ unter Jaureß vom Kabinett ab, und wenn dieses trotzdem am Leben blieb, so verdankt es das nur dem Umstand, daß ihm die sonst in Opposition zu ihm stehenden liberalen Neubrücker zu Hilfe sprangen. Die von Herrn Combes erteilte Unterparlamentarische wurden mit 3 Stimmen Mehrheit von der Kammer gestrichen, eben weil die Sozialisten wieder Neikans nahmen. Zu verwundern ist es daher nicht, daß der Ministerpräsident nicht nur e ob der untreuen Getreuen und drohte, die Kante ins Meer zu werfen. Das Gerücht von der Ministerkrisis aber hatte positiven Boden gefaßt, und das erneute Anstürzen zur Vordringlichkeit seitens der Sozialisten, indem sie die „Geheimen Fonds“ der politischen Polizei sowie das Kulturbudget votierten, konnte weiter das vordringende Gerücht noch das ministerielle Unbehagen nicht empfinden. Das alles scheint indes nur Vorspiel zu sein. Das eigentliche Gewitter droht vom Senate her. Dort steht gegenwärtig eine halbbedrohliche Frage zur Tagesordnung: das neue Unterrichts-gesetz für Mittelschulen, mit anderen Worten, die Abschaffung des koneratio-katholischen Schulgesetzes Falloux. Solange es ein Theoretisieren blieb, war alles gut und schön. In er anil erikalen Probe konnte sich der gesamte Bund zusammenfinden. Nun man aber praktische Arbeit tun oll, treten die Hindernisse hochwache in den Weg. Selbst die weitergehenden Vordringlichkeiten sind nicht mehr einig. Dem mächtigeren Projekt des Unterrichtsministers Bauhaime, das auch die Regierung vertritt und das dem Laiziprivaten die Eröffnung einer höheren Schule unter Staatskontrolle gestattet, steht das radikalere Projekt der senatoriellen Interdiktionskommission, welches ohne weitere Fassung das pure Staatsmonopol anstrebt, gegenüber. Keine es über

